

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

37 (4.6.1946)



BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN



Einzelverkaufspreis 20 Pfg.
Monat. Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,60 zuzüglich RM 0,30 Zustellgebühr.
Anzeigenpreis: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2,- in Belegzügen RM 1,-. Amtl. Anz. die Hälfte.

Verlag: Badendruck GmbH.
Karlstraße 10-12, 76101 Karlsruhe.
Erscheinungsweise: 3mal wöchentlich, Beizugspreis für Baden (Eberstadtstr. 18) und für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang

Karlsruhe, Dienstag, 4. Juni 1946

Nummer 37

Franco-Regime bedroht Weltfrieden

New York, 3. Juni. (AP) Der Bericht des Ausschusses des Sicherheitsrates zur Prüfung der Spanierfrage wurde von allen fünf Mitgliedern, Australien, Frankreich, Polen, China und Brasilien, gutgeheißen. Der Bericht setzt sich aus zwei Teilen zusammen, das dem Untersuchungsausschuss der Vereinten Nationen und der spanisch-republikanischen Exilregierung über die Tätigkeit des Franco-Regimes unterbreitet wurde. Die folgenden Punkte wurden in dem Bericht hervorgehoben:

1. Die Franco-Regierung ist ein faschistisches Regime.
2. Während des Krieges unterstützte Franco die Feinde der Alliierten.
3. Franco bereitet zusammen mit Hitler und Mussolini den Krieg gegen die Alliierten vor.
4. Franco hat in einigen Fällen die Zusammenarbeit mit den Alliierten zur Vernichtung der letzten Spuren des Faschismus und des Nazismus in Europa nach Beendigung des Krieges abgelehnt.
5. Das faschistische Regime setzt die Verfolgung politischer Gegner fort.
6. Die Friedensstärke der spanischen Streitkräfte ist weit höher, als von einem friedliebenden und seinem Angriff bereiten Land erwartet werden sollte.

Die Tatsache, daß es zwei rivalisierende spanische Regierungen gebe, sei es sich bereits eine potentielle Friedensgefahr. An besteht immer die Möglichkeit eines Bürgerkrieges oder des Eingreifens anderer Staaten.

Der Untersuchungsausschuss empfiehlt dem Sicherheitsrat, die Spanierfrage der Vollversammlung der Vereinten Nationen auf ihrer nächsten Sitzung am 3. September in New York vorzulegen und der Versammlung vorzuschlagen, alle Mitglieder der Vereinten Nationen zum Abbruch ihrer Beziehungen zu Spanien bis zur Entfernung des Franco-Regimes zu ermahnen.

Der Antrag einer frei gewählten spanischen Regierung auf Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen solle — falls folgende Voraussetzungen erfüllt sind — in wohlwollender Erwägung gezogen werden:

1. Die Entfernung des Franco-Regimes.
2. Politische Amnestie.
3. Versammlung- und Koalitionsfreiheit.

General Smuts über Deutschland

London, 3. Juni. (DANA) General Smuts, der Ministerpräsident der Südafrikanischen Union, erklärte in einer Rundfunkrede am 31. Mai, daß die Lage in Deutschland eine Revision der Besatzungspolitik erfordere, um eine soziale Katastrophe zu verhindern. Deutschland werde wahrscheinlich auf lange Zeit, vielleicht niemals mehr, zu einer militärischen Gefahr werden, doch könne es leicht als Land mit depressiver Wirtschaft und mangelndem Wohlstand in eine Infektionsherde des ganzen Kontinents werden. Smuts forderte die Dezentralisierung Deutschlands, um eine künftige Gefährdung des Weltfriedens auszuschließen. Deutschland müsse in die Lage versetzt werden, eines Tages in die Gemeinschaft der Vereinten Nationen aufgenommen werden zu können. Es bestehe die Gefahr, daß die Welt in eine zweite und eine weitlichere Hilfe zerfalle. Das britische Commonwealth müsse zum Bindglied werden, um dieser Gefahr zu begegnen. Smuts forderte daher, die Stärke des Commonwealth zu erhalten.

Der Wirtschaftsaufbau in der US-Zone

Die Verantwortung deutschen Behörden übertragen — Zur Ueberwindung der Zonengrenzen

Berlin, 3. Juni. (DANA) Der Leiter der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, Generalmajor William H. Draper, gab in der Vorwoche in einer Konferenz amerikanischer Wirtschaftsachverständiger ein Memorandum bekannt, nach dem den deutschen Behörden der drei Länder neue Verantwortungsbereiche übertragen werden. Diese Maßnahme ist ein weiterer Schritt zur vollständigen Durchführung der amerikanischen Politik, deren Ziel die möglichst rasche Ueberwindung der Zonengrenzen und die Errichtung zentraler wirtschaftlicher Verwaltungsorgane ist.

Wie der stellvertretende Militärgouverneur der amerikanischen Zone, Generalleutnant Lucius D. Clay, hierzu ausführt, gibt die Militärregierung damit jedoch das Recht einer Kontrolle der deutschen Wirtschaftspolitik nicht aus der Hand, um jederzeit überprüfen zu können, ob diese mit den amerikanischen Richtlinien im Einklang steht, wofür die deutschen Behörden voll verantwortlich gemacht werden.

General Clay für deutsche Wirtschafts-Einheit

In diesem Zusammenhang betonte der General die Notwendigkeit, das Potsdamer Abkommen möglichst schnell zur vollen Durchführung zu bringen. Die Militärregierung, so erklärte er, tue alles zur Möglichen, um einen freien Güterausgleich zwischen allen Besatzungszonen Deutschlands zu fördern.

Wie aus dem Memorandum hervorgeht, sind die Ministerpräsidenten der drei Länder für die Zukunft ermächtigt, eigene Produktionsprogramme für die Stahl- und Kohlenindustrie sowie für andere Rohstoffe aufzustellen und diese in Kraft zu setzen, ohne daß eine besondere Genehmigung der Militärregierung hierzu notwendig wäre. Derartige Pläne müssen jedoch der Militärregierung zur Information und zu Verbesserungsvorschlägen hinsichtlich besonderer Rohstoffleistungen, der Zusammenarbeit mit anderen Zonen, den Exportprogrammen und der Berücksichtigung der Bedürfnisse der Besatzungsmacht vorgelegt werden.

Außerdem werden der Länderart und die Ministerpräsidenten für die Verteilung von Kohle, Petroleumprodukten, Stahl und Kunststoffe innerhalb der Zone verantwortlich gemacht. Auch hier behält sich die Militärregierung das Einspruchsrecht vor.

Die Ernährungswirtschaft

Auch die Lebensmittelversorgung sollen zukünftig von den deutschen Dienststellen in der gleichen Weise verteilt werden, wie es bisher mit den in Deutschland erzeugten Nahrungsmitteln geschehen ist, in strenger Übereinstimmung mit den Richtlinien der Militärregierung nach den gültigen Rationssätzen. Die Zusammenlegung der Zonenleistungen in einzelnen ist der amerikanischen Militärregierung zur Information vorzulegen. Dagegen besteht keine Herabsetzung der Kalorien der Genehmigung der Militärregierung, bevor sie in Kraft tritt.

Für die Abwicklung von Interzonen-Geschäften in Kohle, Petroleum und Öl wird in Zukunft nur mehr die Genehmigung des Länderrates erforderlich sein, so daß damit eine viel

größere Beweglichkeit bei der Ausnutzung der innerdeutschen Rohstoffvorkommen gegeben ist. Zusätzlich zur Genehmigung durch den Länderrat ist eine besondere Erlaubnis der Militärregierung für den Export aus der amerikanischen Zone erforderlich. Ueber Preissteigerungen und Monopolschaffungen der Manager stehen, die die Militärregierung verlangt lediglich laufend über die gestützten Geschäfte unterrichtet zu werden.

In allen mit dem Außenhandel zusammenhängenden Fragen muß auch in Zukunft die amerikanische Militärregierung um Erlaubnis ersucht werden, ebenso bei allen Neubildungen von Monopolschaffungen. Ueber Preissteigerungen und Neufestsetzungen von Preisen ist der Militärregierung zur Information Bericht zu erstatten, während die Erhöhung der Tarife für Verkehrsmittel einer besonderen Genehmigung bedarf. Ebenso muß die Neuerrichtung von Kohle-, Strom- oder Wasserkraftwerken von der Militärregierung genehmigt werden. Auch bei der Wiedererrichtung der durch das Gesetz Nr. 25 stillgelegten Werke sowie der nicht mehr stattfindenden Herstellungsverfahren der IG-Farbenwerke ist die Erlaubnis der Militärregierung erforderlich.

Der Abbruch irgendwelcher finanziellen Hilfsleistungen, die von der Militärregierung genehmigt worden waren, bedarf keiner besonderen Erlaubnis, wenn damit kein Ansehen der Preise verbunden ist. Andernfalls muß vorher Rücksprache mit der Preiskontrolle der Militärregierung genommen werden.

„Die industrielle Produktion der US-Zone muß aufrechterhalten werden“

Im März sank die Verladung von Steinkohle für die amerikanische Besatzungszone auf 1.027.065 Tonnen, 2 Prozent unter den Stand von Februar, und im April fiel die Verladungsziffer um 11 Prozent auf 913.854 Tonnen. Der Gesamtrückgang vom Februar bis April betrug 131.404 Tonnen.

Generalmajor Draper betonte, daß die April-erzeugung weitere Reserven von Rohmaterial und Bestandteilen angegriffen hat, die sich zur Zeit der Besetzung in der amerikanischen Besatzungszone befanden. Jetzt sind diese Reserven zum großen Teil erschöpft. In der Verkehrsmittel-Produktionsindustrie war infolge Erschöpfung der Rohmaterial- und Ersatzteillieferungen die Erzeugung im März und April weit geringer als in den früheren Monaten. In der Industrie zur Herstellung landwirtschaftlicher Geräte sind die Reservelager leer.

Mangel an Stahlzeugnissen

Die Erzeugung von Stahl und die Herstellung von Stahlzeugnissen genügt bei weitem nicht, um die Mindestverordnungen in der amerikanischen Besatzungszone zu decken. Da die alte Lager sich leeren, ist durch den Mangel an Gießwaren, besondert in der Herstellung von Eisenprodukten, die Erzeugung von Stahlzeugnissen in der amerikanischen Besatzungszone keine Herabsetzung der Kalorien der Genehmigung der Militärregierung, bevor sie in Kraft tritt.

Für die Abwicklung von Interzonen-Geschäften in Kohle, Petroleum und Öl wird in Zukunft nur mehr die Genehmigung des Länderrates erforderlich sein, so daß damit eine viel größere Beweglichkeit bei der Ausnutzung der innerdeutschen Rohstoffvorkommen gegeben ist. Zusätzlich zur Genehmigung durch den Länderrat ist eine besondere Erlaubnis der Militärregierung für den Export aus der amerikanischen Zone erforderlich. Ueber Preissteigerungen und Monopolschaffungen der Manager stehen, die die Militärregierung verlangt lediglich laufend über die gestützten Geschäfte unterrichtet zu werden.

In allen mit dem Außenhandel zusammenhängenden Fragen muß auch in Zukunft die amerikanische Militärregierung um Erlaubnis ersucht werden, ebenso bei allen Neubildungen von Monopolschaffungen. Ueber Preissteigerungen und Neufestsetzungen von Preisen ist der Militärregierung zur Information Bericht zu erstatten, während die Erhöhung der Tarife für Verkehrsmittel einer besonderen Genehmigung bedarf. Ebenso muß die Neuerrichtung von Kohle-, Strom- oder Wasserkraftwerken von der Militärregierung genehmigt werden. Auch bei der Wiedererrichtung der durch das Gesetz Nr. 25 stillgelegten Werke sowie der nicht mehr stattfindenden Herstellungsverfahren der IG-Farbenwerke ist die Erlaubnis der Militärregierung erforderlich.

amerikanischen Besatzungszonen kommen, den Betrieb einschränken.

Nach Behebung des Mangels an Rohmaterialien, Brennstoff und Ersatzteilen und Anwachsens der Erzeugung, muß mit der Entwicklung anderer Mängel gerechnet werden. Schon jetzt schränkt der Mangel an Facharbeitern die Stahl- und Papiererzeugung, die Bauholzbeschaffung und andere Industrieleistungen ein. Er bildet außerdem einen wichtigen Faktor im Tiefstand der Ruhrkohlenerzeugung. Desgleichen wirkt sich der Mangel an erfahrenen Facharbeitern auch in der Arbeitsleistung aus. Wenn die Arbeiter weniger oder keine Verbrauchsgüter kaufen können, fehlt ihnen der normale Anreiz zur vollen Arbeitsleistung. Dies vermindert den fehlerhaften Kreis, die industrielle Erzeugung leidet, weil die Arbeiter wenig kaufen können, und die Läden bleiben wegen des Tiefstandes der Fabrikation leer.

Interzonenverkehr erforderlich

Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Besatzungszonen untereinander wurde auf der Leipziger Messe im Mai deutlich erwiesen. Es waren 2740 Aussteller und ungefähr 172.000 Besucher aus allen Besatzungszonen anwesend, die wesentlich dazu beigetragen, die in den vergangenen 18 Monaten unterbrochenen Geschäftsverbindungen wieder anzuknüpfen. Bei den Ausstellern und Besuchern herrschte eine Meinung vor, daß ihre eigenen Werke nur dann zufriedenstellend arbeiten könnten, wenn sie in ganz Deutschland frei kaufen und verkaufen können.

Die deutschen Wirtschaftsmänner in der amerikanischen Besatzungszone arbeiten erfolgreich an der Lösung der mannigfaltigen, mit dem Wiederaufbau von Industrie und Handel in der Besatzungszonen verbundenen Probleme. Die Zusammenarbeit zwischen der Industrie und den Länderräten und zwischen den drei Ländern wird wirksamer.

Wirtschaftseinheit Deutschlands notwendig

General Draper schloß seinen Bericht mit der Erklärung, daß selbst bei Lösung der Grundfragen der Beschaffung von Kohle, Stahl, Rohmaterial und Arbeitskräften die Entwicklung der industriellen Erzeugung in der amerikanischen Besatzungszone hauptsächlich von der Vereinigung der Potsdamer Beschlüssen an Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu behandeln, abhängt.

Auch im April-Bericht des amerikanischen Oberbefehlshabers General Joseph McNarney, wird auf die Potsdamer Beschlüsse hingewiesen und u. a. ausgeführt, in der allgemeinen ungünstigen deutschen Wirtschaftslage sei im Monat April keine bemerkenswerte Besserung eingetreten. Diese könne nur dann eintreten, wenn der Vereinigung der Potsdamer Beschlüssen ausdrücklich festgelegt worden sei, während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit behandelt würde.

Mit 21 Prozent der industriellen Kapazität wurde im Monat April die bisher höchste Produktion erreicht. Im Monat Mai ist jedoch infolge der Kürzung der Lebensmittelrationen im Ruhrgebiet und die dadurch bedingte Abnahme der Kohlenzufuhr mit einem Absinken der Produktion zu rechnen.

Die Einfuhr in die amerikanische Zone seit Beginn der Besetzung bis Ende April beläuft sich nach vorläufigen unvollständigen Schätzungen auf fast 100 Millionen Dollar gegenüber einer Ausfuhr von annähernd 77 Millionen Dollar. Infolge von Transportbeschränkungen zeigten sich im innerdeutschen Handelsverkehr keine wesentlichen Verbesserungen.

Die Arbeitslosigkeit in der amerikanischen Zone nahm im ersten Vierteljahr mehr als um 14 Prozent ab gegenüber einer Erhöhung der Beschäftigungsziffer um 8,1 Prozent. Prozentual rechnet man sich im März auf je 100 offene Arbeitsstellen 165 Arbeitsuchende. In Landarbeiterberufen gab es sich auf 100 offene Stellen nur 15 Arbeitslose.

Die meisten der bedeutenden Binnenschiffahrtswegen einseh, des Rheins, Mains und der Donau wurden wieder schiffbar gemacht. Der Wagenpark der deutschen Eisenbahn reicht auch weiterhin nicht zur Bewältigung des Personenverkehrs aus.

Länderrat zur Denazifizierung

Am Dienstag und Mittwoch fanden im Länderrat Besprechungen mit der Militärregierung über weitläufige Durchführungs-Verordnungen zum Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946 statt. Besprochen wurde u. a. Sühnmaßnahmen für Minderbelastete, das Problem der Jugendlichen der Mitläufer u. a. mehr. Den Vorsitz führte Staatssekretär Kamm. Eine Reihe von Durchführungsverordnungen wurden der Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt.

Appell an die Sowjetunion

Washington, 3. Juni (AP). Senator H. Vandenberg, der als Ratgeber des Außenministers Byrnes an der Pariser Konferenz teilgenommen hatte, forderte in einer Rundfunkansprache einen wahren „Völkerfrieden“. Er appellierte an die Sowjetunion, ihre rechtmäßigen Ansprüche einzuziehen und einer allgemeinen Friedenskonferenz zuzustimmen, auch wenn vorher keine Übereinkunft zwischen den vier Großmächten erzielt werden könne. Der sowjetische Standpunkt, eine Friedenskonferenz solle erst dann einberufen werden, wenn alle grundsätzlichen Fragen durch die Außenminister der vier Großmächte geklärt seien, stelle praktisch ein Veto gegenüber der Friedenskonferenz dar. „Dieses Veto“, erklärte Vandenberg, „wirkt sich immer mehr auf die ganze Friedensmaschine aus“. Die russische Haltung sei zwar rechtmäßig und stehe nicht im Gegensatz zu den Abmachungen der vier Großmächte, die Geschichte habe jedoch gezeigt, daß auch rechtmäßige Ansprüche zu einem Unrecht werden können, wenn sie nicht mit Klugheit und Toleranz, sondern mit Gewalt verfolgt würden. „Gewiß haben wir die größte Verantwortung“, sagte der Senator, „aber an unserer Seite kämpfen 21 Nationen. Sie wagen uns auf dem Schlachtfeld willkommen und sollten es auch am Friedensstisch sein.“ Wenn irgend möglich, so müßten separate Friedensschlüsse verhandelt und für beide Parteien annehmbare Lösungen gefunden werden.

DANA funkt: Aus aller Welt

Washington. Der Senat der Vereinigten Staaten nahm am Freitag einen Gesetzentwurf an, wonach der amerikanischen Regierung volle Autorität über die Atomenergie — soweit sie inneramerikanische Angelegenheit ist — gegeben wird. Der Entwurf, der sodann an das Repräsentantenhaus weitergeleitet wurde, ist so abgefaßt, daß er späteren internationalen Abmachungen über diese Frage nicht widersprechen wird. (AP)

Washington. Die Export- und Importbank hat der Tschechoslowakei einen Kredit von 20 Millionen Dollar zum Einkauf von Rohbaumwolle in den Vereinigten Staaten eingeräumt.

London. Der britische Arbeitsminister George Isaacs gab am 30. v. Ms. im britischen Unterhaus das neue Wehrpflichtgesetz für Großbritannien bekannt. Danach werden jährlich etwa 200.000 Mann einbezogen.

Paris. Der französische Außenminister Bidault, Vorsitzender der fortschrittlichen Katholiken, der jetzt stärksten Partei der Nationalversammlung, erklärte, daß er die Bildung eines Kabinetts der „Nationalen Union“ vorschlagen werde, in dem alle Parteien ihrer Stärke entsprechend vertreten sein sollen.

Wien. Der bulgarische Außenminister hat dem österreichischen Außenminister Dr. Gruber mitgeteilt, daß die bulgarische Regierung die österreichische Republik anerkenne.

Istanbul. Ein Regierungsbeamter, der die von einem Erdbeben heimgesuchten Gebiete der Osttürkei besichtigte, äußerte, die Zahl der Todesopfer dürfe 600 überschreiten. Wie er hinzufügte, sind die Schäden in den Provinzen Mus und Erzurum am größten. (AP)

Tahrir. Die demokratische Regierungspartei Aseidchans entschied sich, wie Radio Tahrir bekanntgab, einstimmig für die Weiterführung friedlicher Verhandlungen über die aserbeidjanischen Forderungen. Alle Versuche die Teheraner Zentralregierung aber, die demokratischen Freiheiten Aserbeidjans mit Gewalt zu unterdrücken, werden vom ganzen aserbeidjanischen Volk mit Waffengewalt verhindert.

Bangkok. Die ersten Beobachter, die von der siamesisch-indonesischen Grenze nach Bangkok zurückgekehrt sind, Major James Thompson von der amerikanischen Gesandtschaft und ein Mitglied des siamesischen Außenministeriums berichten, daß französische Truppen sich über die Dauer der Flucht in die Besatzungszonen hätten und in diesem Gebiete wieder Ruhe herrsche. (AP)

Für Heraussetzung der Kalorienzahl

Berlin, 3. Juni (DANA). Die Dreimächtekommission für Ernährungsfragen hat empfohlen, jede nur möglichen Versuch zu unternehmen, die Kalorienzahl der Lebensmittel in der amerikanischen Besatzungszone zu erhöhen. Die Kommission hat den Kalorien-Gehalt der Tagesrationen der Normalverbraucher wieder auf den Mindestsatz von 1550 Kalorien zu bringen. Die Kommission habe die Feststellung getroffen, daß auch der Satz von 1550 Kalorien nicht auf die Dauer ausreichte, um die Bevölkerung gesund zu erhalten. Die Dreimächtekommission hatte in der Zeit vom 12. bis zum 23. Mai eine Inspektionsreise durch die drei Besatzungszonen Westdeutschlands unternommen.

Das französische Wahlergebnis

Paris, 3. Juni. (AP) Insgesamt 19.320.421 Wähler (18.550.650 bei den Oktoberwahlen) haben gestern ihre Stimme zur Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung abgegeben.

Es folgen die vorläufigen Ergebnisse der Wahl vom Sonntag (Berichtigung vorbehalten):

Fortschritt. Katholiken	5.491.180 (Okt. 4.842.371)
Kommunisten	5.136.334 (Okt. 4.817.603)
Sozialisten	4.165.813 (Okt. 4.495.402)
Republikanische Linke	1.894.058

Die Sitze verteilen sich nach den bisherigen Meldungen wie folgt: Fortschrittliche Katholiken 160 gegenüber 136 im Oktober, 24 Sitze Zuwachs; Kommunisten 146 gegenüber 152, 6 Sitze Verlust; Sozialisten 115 gegenüber 142, 27 Sitze Verlust; Republikanische Freiheitspartei 58 Sitze; Vereinigung der republikanischen Linken 43 Sitze.

Die italienische Volksabstimmung

Rom, 3. Juni. (AP) Die Volksabstimmung wurde in Ruhe und Ordnung durchgeführt. Die Wahlteilnahme war allgemein sehr stark, die der Frauen etwas größer als die der Männer. Die Frauen wählten zum erstenmal in Italien. Es ist nicht bekannt, ob König Umberto von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht hat. Königin Maria wählte für die verfassunggebende Versammlung, weicerte sich jedoch, in der Frage Monarchie oder Republik ihre Stimme abzugeben. Wahlergebnisse sind vor dem 7. Juni nicht zu erwarten.

Kalinin gestorben

Moskau, 3. Juni (DANA). Der frühere Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Michail Iwanowitsch Kalinin, ist am Montag früh gestorben. Die Bekanntmachung seines Todes, die über den Moskauer Rundfunk verbreitet wurde, lautet wörtlich: „Das Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Minister der UdSSR und das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR geben der Partei und allen Arbeitern der Sowjetunion mit großem Schmerz bekannt, daß am 3. Juni um 10.05 Uhr Michail Iwanowitsch Kalinin, eine der hervorragendsten Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaats, nach langer und schwerer Krankheit verstorben ist.“

Letzte Neuigkeiten

Tokio, 4. Juni. Ein dritter Mordanschlag auf General McArthur, den alliierten Oberbefehlshaber in Japan, konnte aufgedeckt und verhindert werden. Mehrere Japaner hatten den Plan gefaßt, General McArthur auf dem Wege von der amerikanischen Botschaft in Tokio nach seinem Hauptquartier zu erschellen. Dieser Plan war bekannt geworden, so daß Geheimagenten, amerikanische Militärpolizei und japanische Sicherheitskräfte rechtzeitig die erforderlichen Gegenmaßnahmen treffen konnten.

Sauckel „fanatischer Nationalsozialist“

Um Hillers „Vertrauen“ — Polizistisch überwachter Ausländereinsatz — Ausnutzung der Kriegsgefangenen

Nürnberg, 3. Juni. (DANA) Der Angeklagte Sauckel gab in der Freitag-Vormittags-Sitzung zwar zu, daß die Zahl der gewaltsam nach Deutschland gebrachten Fremdarbeiter zeitweise sieben Millionen betragen habe, behauptete jedoch, Menschenrechte und menschlicher Anstand seien immer das Motiv seiner Handlungen gewesen. Sauckel gestand ferner, daß die Fremdarbeiter zur Förderung des deutschen Kriegspotentials eingesetzt wurden.

Ueber die Mitarbeit der einzelnen Angeklagten an der Erfassung der ausländischen Arbeiter erklärte Sauckel, Göring sei in dieser Hinsicht sein Auftraggeber gewesen. Ribbentrop habe mit den behördlichen Stellen der besetzten Länder verhandelt, Frank und Seyß-Inquart hätten ihm im Rahmen ihrer Gebiete unterstützt. Die Partei habe sich nur um die Versorgung der Arbeiter, aber nicht um deren Einsatz gekümmert, behauptete Sauckel. Auch die Verwendung von Kriegsgefangenen in der deutschen Kriegswirtschaft betritt Sauckel, allerdings gab er zu, daß es seine Aufgabe gewesen sei, daß die Kriegsgefangenen in den Stalags registriert und von dort aus eingesetzt wurden.

Gegen die von Himmler „kategorisch verlangte“ Kennzeichnung der Ostarbeiter will Sauckel stets gekämpft haben.

Erstmalig seit Beginn der Verteidigung im Nürnberger Prozeß gab es in der Freitag-Nachmittags-Sitzung eine Auseinandersetzung zwischen den Anwälten zweier Angeklagter.

Dr. Thoma, der Verteidiger Rosenbergs, stellte nach Beendigung des Kreuzverhörs Fragen an Sauckel, um zu beweisen, daß nicht Rosenberg, sondern Sauckel für die Anwerbung der Fremdarbeiter die Verantwortung habe. Dr. Servatius protestierte, allerdings ohne Erfolg, dagegen, daß sein Klient, obwohl der Verteidiger eines anderen Angeklagten belastet würde.

Als dritter Angeklagter, ein bisher noch nicht dargelegter Fall, nahm dann Thomas Dodd von der amerikanischen Anklagebehörde Sauckel nochmals kurz ins Kreuzverhör. Der Angeklagte gab zu, daß er „möglicherweise“ in einem Gespräch mit Hitler geäußert habe: „Die Arbeiter in Rußland müssen so hart behandelt werden, daß sie lieber nach Deutschland gehen.“

Auf Wunsch von Speer

General Alexandrow las dann einen Artikel aus dem „Völkischen Beobachter“ vor, in dem es u. a. unter anderem heißt: „Die Ernennung des Gauleiters Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitsdienst erfolgte auch auf Wunsch des Reichsministers Speer wegen der überragenden Bedeutung des Arbeitsdienstes in der Rüstungsindustrie“. Dieses beziehe sich, erklärte Sauckel, hauptsächlich

auf den deutschen Arbeitsdienst und er wisse nicht, warum Speer ihm diesen Posten verschafft habe. Außerdem sei ihm dieser Artikel unbekannt, da er nicht viel Zeit zum Zeitungslesen gehabt habe.

An die Tagebuchnotiz des ehemaligen Generalgouverneurs in Polen, Frank, „Ich freu mich sehr, daß in diesem Jahr 890.000 Arbeitskräfte nach Deutschland geschickt haben ... Nächstes Jahr ist auf eine weitere Zunahme zu rechnen, da wir die Polizei einsetzen werden“, konnte sich Sauckel nicht erinnern.

Dem Angeklagten wurde dann vom russischen Ankläger ein Einberufungsbefehl eines Kreisauptmannes in der Nike von Minsk vom 13. Mai 1943 vorgelesen, es heißt darin: „Auf Grund der Dienstverpflichtungsverordnung verpflichte ich Sie zur Arbeitsleistung im Reich“. Der Befehl schließt mit der Androhung von Vermögensbeschlagnahme, KZ-Haft und Einlieferung der Familienangehörigen in ein Lager, falls der Empfänger dieses Befehls sich nicht stellt. „Von einer Strafandrohung in dieser Form ist mir nichts bekannt“, sagte Sauckel hierzu, „für die in der amerikanischen Besatzungszone keine Herabsetzung der Kalorien der Genehmigung der Militärregierung, bevor sie in Kraft tritt.“

„Freiwillige“ Arbeit in Deutschland

Sauckel behauptete, die Anwerbung sei nicht mit Gewalt geschehen, sondern man habe die Arbeiter „in freundschaftlichem Ton bei einem Glas Wein oder Bier“ zur freiwilligen Arbeit in Deutschland bewegen wollen. Viele Arbeiter hätten sich auch nach der Einführung des Arbeitsdienstgesetzes auf Grund der Propaganda und der hohen Löhne freiwillig gemeldet. In den „Arbeitserschlagungslagern“ seien die Arbeiter zur „Arbeit und Pünktlichkeit“ angehalten worden.

Auf eine Frage von Lordrichter Lawrence erklärte Sauckel, auf das Völkerrecht sei er von keiner Stelle aufmerksam gemacht worden.

Der ausübend als Entlastungszeuge für Sauckel aufgetretene ehemalige Ministerialdirigent und Vorstand der Abteilung „Arbeitsdienst“ im Arbeitsministerium, Dr. Max Timm, erklärte, Sauckel habe als Vorgesetzter den Eindruck eines sehr energiegelassen, arbeitsfreudigen Menschen, der aber leicht zu Zornausbrüchen neigte, gemacht.

Sauckels Zusammenarbeit mit der Partei

Im weiteren Verlauf des Verhörs betritt Sauckel zunächst, daß der ehemalige Reichsminister Fridrich bei der Durchführung seiner Maßnahmen unterstützt, gab jedoch zu, daß, wie es in jedem Lande üblich sei, das Innenministerium über die Beschaffung der Arbeitskräfte unterrichtet wurde und verwaltungsmäßig auch daran beteiligt war. Auf die Frage Alexandrows, ob die Angeklagten Frank und Seyß-Inquart an seiner Arbeit teilgenommen hätten, antwortete Sauckel: „Diese Herren haben mich im Rahmen ihrer Gebiete unterstützt, durch Verordnungen, die sie gemäß meinen Anweisungen erließen.“

Nach der Rolle Bornmanns gefragt, behauptete Sauckel, daß dieser ihm nicht den gesamten Parteiapparat, sondern lediglich die Gauleiter zur Verfügung stellte, die für die Versorgung, Ernährung und Bekleidung der Arbeiter sorgen sollten.



„Heil!“ — „Heil!“ — (Unheilbar)

Karikatur: A. Remschel.

Fortsetzung auf Seite 2

Reaktion

Von Willy Boppella

„Die Reaktion marschiert. Die Reaktion vertritt ihre Ausgangsstellen zu bezeichnen.“ Mit unablässiger Hartnäckigkeit wiederholte gerade während der Wahlkämpfe die Linksparteien diese Warnung, welche fast wirkungslos vor denen zu verhallen scheint, denen sie gilt. Es ist unverkennbar, daß sich hier psychologische Ermüdungserscheinungen bemerkbar machen, hervorgerufen durch eine Unzahl von Maximen, die der Nazismus Jahr für Jahr auf das deutsche Volk losließ. Hinzu kommt das Uebel der Gewöhnung. Wie wir in erschreckender Gleichgültigkeit allmählich das uns ersichtliche und Trittbrettlende Bild der Zerstückelung als selbstverständlich hinnahmen, ebenso unbeweglich scheint die Masse unseres Volkes, von der Arbeiterklasse abgesehen, davon Kenntnis zu nehmen, daß die Reaktion marschiert. Was aber steht hinter diesem Satz, der bereits wieder zur stereotypen Formel herabzusinken droht?

„Nie wieder Krieg.“ Es war der Schrei von Millionen, der durch ganz Deutschland brauste. Riesige Fackelmärsche, Massenaufmärsche von vielen Tausenden, die sich allmählich durch die nichtlichen Straßen der Großstädte, zwei Stunden und länger dauernde Vorbeimärsche gaben ein trügerisch-imponantes Bild von Stärke und Unüberwindlichkeit. Freiheitslieder stiegen zum Himmel als feierliches Gelobnis und heilige Verpflichtung „Nie wieder Krieg“, „Krieg dem Krieg“.

Wie leicht diktiert man überweltigenden Masse der Kriegsgegner jene erbärmlichen Haufen des „Junro“, der „Bismarckjugend“, des „Stahlhelm“, der „Brigade Erhardt“ und der ersten Nazitruppe, „Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarz-weiß-rot das Band“... Als Spottlied sangen es die Arbeiter im Volksgelächter. Wer wollte auch ein solches Lied ernst nehmen? Die wenigen Warner wurden als „Hilflos“ und „Demagogen“ als Schwarzseher oder die Feinde der Republik abgetan. Bis es zu spät war. Bis die Hochfinanz erkannt hatte, daß hier der Schlüssel lag, der ihr Zutritt zu den Massen verschaffen konnte. Das Jahr Emporschnellen der Nazibewegung als Folge der finanziellen Unterstützung Hitler durch die Harburger Front schließlich öffnete auch den Vertrauenslistigen — zu spät — die Augen.

Ein aufmerksames Studium der Tagespresse läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der Ruf „Die Reaktion marschiert“ in seiner ganzen Tragweite erkannt werden muß. Die anonymen Drohungen regen Männer, die heute in der Öffentlichkeit an führender Stelle stehen, sind bekannt. Das Treiben der Edelweißpiraten hat Formen angenommen, die weit über das hinausgehen, was man mit „Dummer-Jugendstreich“ abtun könnte. Ehemalige BDM-Führerinnen, Flak- und Wehrmachtshelferinnen haben sich in Süddeutschland zu einer illegalen Organisation der „Panzerkaten“ zusammengeschlossen. Die Aushebung der weitverbreiteten Nazistudentenbewegung unter Führung von Axmann bewies das Vorhandensein finanzierender Hintermänner. Verblende, mißbrauchte Jugendliche beschützten Überwände und Zäune mit Hakenkreuzen. Wer eine Einigkeit nicht zustande kommt und der trotz allem versucht seine Organisation als „altes Zerkendens des sterbenden Nazismus“ zu bezeichnen, will nicht diesen illegalen Streichen legal, in aller Öffentlichkeit sich vollziehende organisierte Bestrebungen parallel liefern.

Zu diesem Thema schreibt die NZ vom 24. 5. ... so darf danach nicht die Bildung vornehmlicher der einzelnen Zerkendens der Splitterpartei unbeachtet bleiben, die deshalb einer Kommentierung bedürfen, weil sie Sammelbecken aller Bestrebungen zu werden scheinen, die auf die Unterbühnen der Demokratie gerichtet sind. Es erweckt kein Vertrauen, wenn der ehemalige Vorsitzende der Deutschen Reichstagsfraktion, Schmidt, Hannover, auf einer Versammlung der Konservativen Partei in Baden, die „Weissen Internationale des christlichen Konservatismus“ spricht. Diese einzelnen Splitterpartei, zu der auch die „Demokratische Aufbauarbeit“, die „Demokratische Konservative Partei“ und die „Deutsche Sammlung Lübeck“ gehören, haben sich zu der sog. „Hamburger Rechte“ zusammengeschlossen. Das Programm ihres Führers Ohlsen enthält die Ablehnung der Bodenreform, die Forderung des Eigentums im Großen, die Forderung nach einer Jugend, „die geborchen kann“, und nach einem Schulunterricht, der sich nach den „Erfahrungen aus der deutschen Geschichte“ richten soll. Ohlsen bekannte sich in einer öffentlichen Versammlung der „Hamburger Rechte“ zur erblichen Monarchie mit der für ihn kennzeichnenden Begründung: „Die Republik ist unser deutsches Fundament. Der deutsche Hang zur Gefolgschaft verlangt nach einer Person, an der sich diese Gefolgschaft treue bewähren kann.“

Hinzu kommen eine Reihe von Ereignissen und Erscheinungen des Alltags, die als Einzelerscheinungen gesehen, harmlos genannt werden können, jedoch in der Zusammenfassung ein bedenklich stimmendes Mosaik ergeben. Männer, die wegen Fahndung oder Kriegsdienstverweigerung von den Nazis zu lebenslänglichen Zuchthausstrafen verurteilt und durch alliierte Streitkräfte befreit wurden, erhalten heute ein revidiertes Urteil zugunsten, wonach sie zu einigen Jahren Gefängnis „bestraft“ werden, eine Strafe, die ihnen verlorne „auf Wohlverhalten“ erlassen wird. Die Forderung, daß Frauen nicht bestraft werden, weil keine ihr Vergehen „als Beamte“ betreffende Paragraphen vorhanden sind. Die Anzeigen gegen Nazi-Aktivisten und Kriegsheter, die der Presse zugehen, sind vornehmlich anonym, weil die Schreiber um ihre wirtschaftliche Existenz fürchten. Der Satyrker Peter Böt zeigt in seiner Spinnspinnerei, wie sie schon wieder alle da sind, die Horra Major, Oberleutnants, Obersten (und noch höher) und als Landräte, Polizeipräsidenten, Amtshauptleute, Regierungspräsidenten und Verwaltungsdirektoren im Sattel sitzen. Daneben rappt und flüstert der Chor der Unbeherrschbaren von einem neuen Krieg, irrazionalen Hoffnungen sich hingebend, anstatt zu erkennen, daß damit ein Untergang bedroht wäre.

Wie reagiert die Masse unseres Volkes auf all diese Zeichen? Das Ergebnis einer Umschau ist wenig ermutigend. Bis tief in die Reihen der übergen Antifaschisten und aufrichtigen Demonstrierer geht ein besorgniserregender Zug der Leue. Viele sind bereits müde geworden in ihrem an. Bei ihrem aufreißenden Kampf stießen sie wieder in die schwammige Masse einer Reaktion, die unsichtbar, jedoch unablässig spürbar unser gesamtes öffentliches und wirtschaftliches Leben zu ersticken droht. Deutscher Untertanengeist und bürokratische Anmaßung feiern beschämende Triumphe. Der Sinn dieses Krieges im Dunkel ist der, die junge Demokratie in Verruf zu bringen, um sie eines Tages mit dem Schein des Rechtes um so sicherer erwürgen zu können.

Die Arbeiterklasse als ideologisch bestechendster Teil unseres Volkes, als konsequenter Gegner des Militarismus und der Verlehrtheit in jeder Form, muß diese Zeichen verheeren. Sie muß sehen, daß es um ihre Zukunft, daß es um die Demokratie geht, die sie sich zu bauen gedankt. Ihre Antwort auf die dunklen Umtriebe kann nur lauten: Hinweg mit allen trennenden Details. Es geht um Zusammenarbeit in Gewerkschaften, Ausschüssen und Parlamenten, in Ämtern und Betrieben. Nur so schafft sie einen politisch-organisatorischen Schwerpunkt, um den sich alle aufreißenden demokratischen Kräfte sammeln können. Die schweren Fehler einer schwachen, doch lehrreichen Vergangenheit vermeidend, wird sie sich in diesem Kampf auf ihrem Wege zu einer wahrhaften Demokratie jeden Meter Bodens erringen müssen. Das Errungene festhalten, den nächsten Schritt vorbereiten, wird sie ihr großes Ziel, den Sozialismus, erreichen.

Der Inhalt des neuen Verfassungsentwurfs

Zentralorgan: Der Landtag — Einspruchsrecht eines Senats — Die Befugnisse des Staatspräsidenten

(Von unserem Stuttgarter No-Berichterstatter)

Wir haben bereits über die Rede berichtet, die Staatsrat Dr. Karl Schmid am vergangenen Dienstag in einer Vollversammlung der Volksvereine in Stuttgart gehalten hat. Staatsrat Schmid hat über den Entwurf für unsere künftige Landesverfassung referiert. Im folgenden geben wir nun noch eine Übersicht über die einzelnen Verfassungsorganen, die vorgesehen sind, und über die Aufgaben und Rechte, die diesen einzelnen Organen zugeteilt werden sollen.

In der Demokratie geht die Staatsgewalt vom Volk aus. Das Volk kann seine Gewalt in den modernen großen Demokratien nicht mehr unmittelbar ausüben, sondern nur mittelbar, indem es gewählte Organe, die das Volk und seinen politischen Willen repräsentieren, die Gesetzgebung und die Kontrolle über die Ausführung der Gesetze soll künftig wieder beim Landtag liegen. Der ist der eigentliche Herrscher im Staat; aber er soll doch kein Monopol haben. Neben ihm sollen noch andere Organe treten, die ebenfalls in irgend einer Form, wenigstens indirekt, eingesetzt werden und die ein gewisses Gegengewicht bilden sollen.

Außerdem kann unter bestimmten Voraussetzungen das Volk selbst unmittelbar seinen Willen durchsetzen, im Volksentscheid.

Der Landtag soll aus 100 Abgeordneten bestehen. Diese vertreten das ganze Volk und sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an keinerlei Aufträge gebunden. „Wir haben“, so sagte Staatsrat Dr. Schmid, „dabei Abstand genommen, die politischen Parteien in der Verfassung zu nennen und zu Elementen des Verfassungslebens zu erklären“. Der Landtag soll die Dynamik verkörpern. Neben ihm tritt als ein Faktor von mehr beständigem Charakter und als ein Organ, das die Demokratie gegen ihre eigenen Gefahren schützen soll, der Senat. Er ist dem Landtag allerdings bei weitem nicht gleichgestellt, sondern hat lediglich ein Einspruchsrecht, d. h. Beschlüsse des Landtags zu nochmaliger Beratung zu bringen.

Als Staatsrat Dr. Schmid von dieser Einrichtung eines Senats zu sprechen begann, haben wohl nicht wenige Hörer befürchtet, daß eine berufstätige Kammer oder dergleichen geplant sei, die eine einseitige politische Zusammensetzung haben und möglicherweise zu einer Interessenvertretung bestimmter sozialer Gruppen werden würde. Aber dem ist nicht so. Der Senat soll 25 Mitglieder haben, von denen 16 durch den Landtag gewählt werden. Diese 16 wählen ihrerseits weitere sechs Kollegen dazu, und schließlich wählen die Oberbürgermeister von Karlsruhe, Mannheim und Stuttgart dem Senat kraft ihres Amtes an. — Der Senat hat auch die Aufgabe, bei Streitigkeiten über die Auslegung der Verfassung als richtende Instanz aufzutreten; er ist also eine Art Staatsgerichtshof.

Wenn zwischen dem Landtag und dem Senat eine Einigkeit nicht zustande kommt und der Landtagbescheid nicht mit einer Zwei-Drittelmehrheit gefaßt wurde, greift der Staatspräsident ein. Er verkündet entweder das Gesetz von sich aus gegen den Willen des Senats, oder er führt einen Volksentscheid herbei.

Der Staatspräsident ist das Staatsoberhaupt und soll in dieser Eigenschaft eine möglichst neutrale Stellung haben. Er wird nicht unmittelbar vom Volk, sondern von der Versammlung des vereinigten Landtags und Senats gewählt, wobei es der Wahl der absoluten Mehrheit der Stimmen bedarf.

Die Amtsperioden von Landtag, Senat und Staatspräsident sind verschieden und überschneiden sich gegenseitig. Auch durch diese Konstruktion soll eine Sicherung dafür geschaffen werden, daß nicht vorübergehend starke Ausschläge der politischen Stimmung zu einer gefährlichen sprunghaftigen Entwicklung führen. Die Regierung schließlich über die Exekutive aus. Gemäß den Grundgesetzen des parlamentarischen Systems bedarf sie des Vertrauens des Landtags, ein Mißtrauensvotum des Landtags zwingt sie zum Rücktritt. Der Regierungschef wird vom Staatspräsidenten ernannt und soll den Titel: Staatskanzler führen. — Wir nehmen an, daß vielen die weniger pompöse Bezeichnung Ministerpräsident nicht gefällt; besser zugesagt hätte: auf Vorschlag dieses „Staatskanzlers“ werden die einzelnen Minister ebenfalls vom Staatspräsidenten berufen. Ueber jedes Gesetz kann der Staatspräsident einen Volksentscheid herbeiführen, mit mindestens einem Drittel der Landtagsabgeordneten.

Der Verfassungsausschuß hat seine Beratungen noch nicht abgeschlossen; — so ist auch u. a. die Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche noch nicht erörtert worden. Dem Ausschuß liegen zwei entgegengesetzte Anträge vor. Der eine verlangt eine absolute Trennung von Kirche und Staat, Freiheit der Religion und völlige Neutralität des Staates in religiösen Dingen; der andere Antrag will die Rechte der Kirche und ihre volkerzieherischen Aufgaben auch im Rahmen des Staates anerkannt wissen.

Der Religionsunterricht soll ordentliches Lehrfach und seine Erteilung auch an den staatlichen Schulen Sache der Kirche sein, wobei über die Teilnahme der Wille der Eltern entscheidet. — Für diese Grundzüge hat sich der Ausschuß bereits entschieden. Ferner auch dafür, daß es künftig kein Bildungsmonopol für die wirtschaftlich besser Gestellten mehr geben darf.

In einer Schlußbestimmung der Verfassung wird schließlich ausgesprochen, daß zur Liquidation des Nazismus auch Gesetze erlassen werden können, die der Verfassung an sich widersprechen — insbesondere Gesetze mit rückwirkender Kraft.

„Wir stehen“, so führte Staatsrat Dr. Schmid hierzu aus, „am Anfang einer neuen Epoche d. h. einer revolutionären Situation. Die eigentliche Revolution ist letztes Jahr verübt worden. Man muß jetzt nachholen; und eine nachgeholt Revolution nimmt den Charakter eines Verwaltungsaktes an.“

Wir können das nur unterstreichen. An sich widerspricht der Erlaß rückwirkender Gesetze — wie wir es ja aus dem 3. Reich her zu Genüge kennen, siehe den 30. Juni 1934 — den Prinzipien des Rechtsstaates. Aber wer wollte heute sagen: Was die Nazis während ihrer 12 Jahre gemacht haben, war in dieser Zeit nicht mit Strafe bedroht und kann deshalb auch nicht gestraft werden. Dann könnten wir ja auch vollends hergehen und jetzt noch die Leute auf Grund der politischen Gesetze des 3. Reiches aburteilen. Denn was sie taten, war in dem Augenblick, da sie es taten, verboten.

Die Anwendung des Grundgesetzes, das den Erlaß eines rückwirkenden Gesetzes verbietet, hat eben zur Voraussetzung, daß sich vorher schon ein Rechtszustand bestanden hat. Wir aber haben eine Periode der Gangsterherrschaft erlebt, in der das Verbrechen erlaubt und die antwortige Gesinnung mit dem Tode bedroht war.

Anklagen und Urteile

Zehnjährige Knaben wurden ermordet

Zeugen-Aussagen im Malmédy-Prozess

Dachau, 3. Juni. (DANA) Der 55jährige Jean Eliass hat in der Nähe des Ortes Troisponts die Leichen von elf amerikanischen Fallschirmjägern und 15 ermordeten Zivilisten gesehen, wie aus seiner Zeugnisaussage in der Samstag-Verhandlung des Malmédy-Prozesses gegen die 74 Angehörigen der „Leibstandarte Adolf Hitler“ hervorgeht.

Die Verteidigung versuchte im Kreuzverhör diese Aussagen zu widerlegen und zu beweisen, daß die von den SS-Truppen getöteten Zivilisten im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde die Zeugin Reine Gretoire vernommen, die als einzige von 23 Personen mit ihren vier Kindern dem Tode entgangen war, weil sie deutsch sprach und sich mit den SS-Leuten verständigen konnte.

Todesurteil im Struthoff-Natzweiler-Prozess

Wuppertal, 3. Juni. (DANA) Das Wuppertaler Gericht zur Aburteilung von Kriegsverbrechen verurteilte am 1. d. Mts. ein Todesurteil und fünf Gefängnisstrafen in der bis 13 Jahren über neun ehemalige SS-Männer vom Lagerpersonal des Konzentrationslagers Struthoff-Natzweiler. Drei der Angeklagten wurden freigesprochen. Den Anklagen war zur Last gelegt worden, vier britische Fallschirmjäger ermordet zu haben.

Der Lagerarzt Dr. Werner Rohde, der die vier Frauen durch Injektionen tötete, wurde zum Tode durch den Strang verurteilt. Der ehemalige Lagerkommandant SS-Obersturmbannführer Fritz Hartenstein erhielt lebenslängliche Haft. Der Krematoriumsverwalter Peter Straub wurde zu 13 Jahren, der Chef der politischen Abteilung des Lagers Magnus Wochner zu zehn Jahren, ein Häftling und der Krematoriumsleiter Franz Berg zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Entgegen der Behauptung der Verteidiger, die vier britischen Helferinnen seien Spioninnen gewesen, erklärte der Ankläger, die Aufgabe der Frauen habe nichts mit Spionage zu tun gehabt und die Art und Weise der Tötung sei einwandfrei Mord gewesen.

Gestapo „kassierte“ RK-Päckchen

Rastatt, 3. Juni. (DANA) Bei der Vernehmung von zwei weiblichen Angestellten des Konzentrationslagers Neue-Bremmo im Rastatter Kriegsverbrecherprozess wurde das Verschwinden der Roten Kreuz-Päckchen, die für die Häftlinge bestimmt waren, aufgeführt. Neben den Gestapo-Berichtern stellten bestand ein Befehl des Gestapo-Chefs in Saarbrücken, wonach die für Häftlinge einschreibenden Päckchen dem Nachdienst dieser Dienststelle zur Verfügung gestellt werden sollten.

Der Ankläger Peter Weiß erklärte, daß er den Lagerführer Schmolz verschiedentlich auf die inhaftierten Zustände im Lager aufmerksam gemacht habe, es sei aber trotz Weitergabe dieser Beschwerde keine Aenderung eingetreten.

Die Verhandlung wurde nach der Vernehmung der Hauptangeklagten Hornet, Woert und Drokur beendet.

SS-Gefangene revoltieren

Prag, 3. Juni. (DANA) Deutsche SS-Gefangene in Aulbic, nordwestlich von Prag, besetzten nach einer Revolte das gesamte Gebäude des Anstalts Nationalkomitees, in dem sich das Gefängnis befindet. Der Aufstand begann Samstagabend. Die Gefangenen hatten sich Waffen verschafft und feuerten auf die Polizei, die das Gebäude umstellte. Zwei SS-Männer und ein Gefangenewart wurden bei dem Feuerwechsel getötet, drei Polizisten wurden verwundet. Die tschechoslowakischen Behörden sind wieder Herr der Lage.

Freisprüche in Braunschweig

Braunschweig, 3. Juni. (DANA) Das Alliierte Militärgericht in Braunschweig sprach die sechs leitenden Angeklagten der Eisenrutsche Wortfahr bei Goslar frei. Die Angeklagten waren beschuldigt worden, britische Kriegsgefangene unter gefährlichen und gesundheitsschädlichen Umständen in der Eisenrutsche beschäftigt zu haben.

Antonescu hingerichtet

Bukarest, 3. Juni. (AP) Der frühere Ministerpräsident Marschall Ion Antonescu und die ehemaligen rumänischen Minister Michael Antonescu, Constantin Vasiliu und George Alexanu, die von einem rumänischen Gericht zum Tode verurteilt worden waren, wurden am Samstag um 18 Uhr im Jilave-Gefängnis in Bukarest hingerichtet. Ihr Gendarmesuch war von König Michael abgelehnt worden.

Das Todesurteil gegen drei weitere rumänische Kriegsverbrecher wurde von König Michael in lebenslängliche Strafarbeit umgewandelt.

Nürnberger Prozess

Als Sauckel bestritt, auch die Verwendung von Kriegsgefangenen in der deutschen Kriegswirtschaft veranlaßt zu haben, legte ihm der sowjetische Ankläger einen von Sauckel selbst am 27. Juli 1942 an Hitler geschickten Bericht vor, worin er mitteilt, daß er (Sauckel) zusammen mit dem Chef des Kriegsgefangenenwesens im OKW den „Einsatz“ von Kriegsgefangenen gesteuert habe.

Der Zeuge Max Timm wurde in der Samstagvormittagsigen der Nürnberger Gerichtshof von Dr. Servatius weiter vernommen. Timm erklärte, Sauckel habe Göring direkt unterstanden und enge persönliche Verbindung mit Hitler unterhalten. Er konnte über das Verhältnis zwischen Sauckel und Himmler nichts aussagen, betonte jedoch, daß ein „Verbindungsmann“ Himmlers im Stabe gearbeitet habe. Nach dem Ausgehen des Zeugen erklärte immer Wert darauf gelegt, mit allen Ministern in bestem Einvernehmen zu stehen. Sein Verhältnis zu Goebbels und Speer sei dauernd gespannt gewesen. Die Verhandlungen mit Laval schloß, erklärte der Zeuge, immer „freundschaftlicher Art“ gewesen sein. Auf diese Behauptung hin, legte der französische Ankläger Herzog dem Gericht das Protokoll einer Sitzung vom 12. Januar 1943 vor, in der Laval erklärte, daß die Politik Deutschlands und Frankreichs nicht in Zusammenarbeit, sondern in Opfern Frankreichs einseitig und Zwangsmaßnahmen Deutschlands andererseits bestünde. Der Zeuge schützte die Zahl der „freiwillig angeworbenen Arbeiter“ auf 2-3 Millionen. Er gab zu, daß die Werbung der ausländischen Arbeiter auch von unbefugten Stellen vorgenommen worden sei, behauptete jedoch, daß Sauckel niemals Meldung über schwere Mißstände in der Anwerbung erhalten habe.

Hubert Hildebrand, der im Reichsarbeitsamt die Westarbeiterfrage bearbeitete, wurde von Dr. Servatius als nächster Entlastungszeuge angerufen. Laval habe Sauckel gegenüber geäußert, er würde noch viel mehr französische Arbeitskräfte zur Verfügung stellen können, wenn Deutschland in der Lage wäre, „günstigere politische Bedingungen“ in Frankreich zu schaffen.

Als letzter Entlastungszeuge für Sauckel bestätigte der ehemalige Referent Sauckels, Walter Ströben, im wesentlichen die Aussagen der übrigen Zeugen. Nach Abschluß der Zeugenvernehmung legte Dr. Servatius die für seinen Klienten zusammengefaßten Entlastungsdokumente vor.

Suche nach Gefangenen

Wiesbaden, 3. Juni. (DANA) Das Internationale Rote Kreuz forscht in allen ihm angeschlossen Ländern nach dem Verbleib vermißter Soldaten. Von den örtlichen Stellen des Roten Kreuzes werden hierfür Suchkarten ausgegeben, die Mittelwerte bis zu 25 Tausend enthalten dürfen und an das Internationale Rote Kreuz nach Genf weitergeleitet werden.

Das Internationale Rote Kreuz vermittelt ferner Postsendungen an alle Kriegsgefangenen, die sich in Händen der dem Roten Kreuz angeschlossenen Mächten befinden.

Zurückgetretene Postkarten mit Mitteilungen bis zu 25 Worten geben Genf an Kriegsgefangene in amerikanischen, französischen und englischen Händen, an die auch gewöhnliche Briefe bis 20 g oder Postkarten befördert werden. Für Nachrichten an Kriegsgefangene in russischer Hand müssen amtliche russische Rückantwortkarten verwendet werden. Jedoch ist auch eine Postkarte monatlich mit Mitteln persönlicher Natur bis zu 50 Worten zulässig. Es empfiehlt sich, die Anschrift in russischen Buchstaben zu schreiben. An Gefangene der französischen Armee können Päckchen bis zu einem Kilo und Pakete bis zu fünf Kilo geschickt werden.

Sämtliche Postsendungen an Kriegsgefangene sind portofrei und müssen die Aufschrift „Kriegsgefangenenpost“ tragen. Für sämtliche Briefsendungen ist Maschinenschrift, Druck, oder lateinische Schrift vorgeschrieben. Deutsche Schrift ist aus Zensurründen verboten.

Repatrierungen aus Deutschland

Betrifft Staatsangehörige aus Brasilien, China, Guatemala und Spanien

Frankfurt, 3. Juni. (DANA) Alle Personen brasilianischer, chinesischer, guatemalischer und spanischer Staatsangehörigkeit oder Herkunft, die sich zur Zeit in Deutschland befinden, können, wie aus einer Bekanntmachung der Abteilung für verschleppte Personen im Hauptquartier der amerikanischen Besatzungstruppen hervorgeht, ab sofort in ihre Heimat zurückgeführt werden.

Alle Personen brasilianischer, chinesischer, guatemalischer und spanischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland sich befinden, sind verpflichtet, sich bei den Vertretern ihrer Regierung zu identifizieren, um ihre Staatsangehörigkeit zu bestätigen, als mit Ausweis zu versehen und in die Heimat zu bringen.

Die Vertreter der genannten Staaten werden die amtliche Besatzungszone nach einem festgelegten Plan bereisen und alle Personen prüfen, die sich um eine Repatriierung in die oben genannten Länder bewerben.

Alle Personen brasilianischer, chinesischer, guatemalischer und spanischer Nationalität oder Herkunft, einschließlich ihrer unmittelbaren Familienangehörigen, die in dieser zurückkehren wünschen, werden aufgefordert, sich bei den Vertretern ihrer Regierungen nach folgendem Plan zu melden.

Suche nach Gefangenen

Wiesbaden, 3. Juni. (DANA) Das Internationale Rote Kreuz forscht in allen ihm angeschlossen Ländern nach dem Verbleib vermißter Soldaten. Von den örtlichen Stellen des Roten Kreuzes werden hierfür Suchkarten ausgegeben, die Mittelwerte bis zu 25 Tausend enthalten dürfen und an das Internationale Rote Kreuz nach Genf weitergeleitet werden.

Das Internationale Rote Kreuz vermittelt ferner Postsendungen an alle Kriegsgefangenen, die sich in Händen der dem Roten Kreuz angeschlossenen Mächten befinden.

Zurückgetretene Postkarten mit Mitteilungen bis zu 25 Worten geben Genf an Kriegsgefangene in amerikanischen, französischen und englischen Händen, an die auch gewöhnliche Briefe bis 20 g oder Postkarten befördert werden. Für Nachrichten an Kriegsgefangene in russischer Hand müssen amtliche russische Rückantwortkarten verwendet werden. Jedoch ist auch eine Postkarte monatlich mit Mitteln persönlicher Natur bis zu 50 Worten zulässig. Es empfiehlt sich, die Anschrift in russischen Buchstaben zu schreiben. An Gefangene der französischen Armee können Päckchen bis zu einem Kilo und Pakete bis zu fünf Kilo geschickt werden.

CSU im Stadt- und Landkreis Würzburg verboten

Würzburg, 3. Juni. (DANA) Die Militärregierung des Stadt- und Landkreises Würzburg hat ein Verbot der Christlich-Sozialen Union für den Stadt- und Landkreis Würzburg ausgesprochen.

Das Verbot der CSU für den Stadt- und Landkreis Würzburg wird damit begründet, daß die Mitgliedschaft der CSU eine Haltung angenommen hat, die mit dem Programm der Militärregierung und der bayerischen Regierung, von denen die Ausschaltung der Nationalsozialisten aus dem deutschen öffentlichen Leben anstrebt wird, nicht übereinstimmt.

Kurz vor der Wahl des Stadtrats am 24. Mai sah sich die Militärregierung veranlaßt, die Suspension des 1. Vorsitzenden der CSU für den Stadt- und Landkreis Würzburg, Dr. Kaspar Dürr, von jeder politischen Tätigkeit, insbesondere von seinem Amt als erster Vorsitzender der Partei auszuschließen. Die Suspendierung erfolgte, weil der Parteivorstand der CSU für die Stadtratswahl am 26. Mai einen Angehörigen der CSU als Wahlprüfer ernannt hatte, der seit 1933 zur NSDAP und seit 1937 zur SA gehört hatte. Außerdem wurde festgestellt, daß unter Dr. Dürrs Leitung zwei weitere Personen, die die CSU aufgenommen worden waren, die Militärregierung schloß daraus, daß Dr. Dürr ihren grundsätzlichen Befehl nicht befolge und anzunehmen sei, daß er mit ihren Anordnungen nicht übereinstimme.

In einer Generalversammlung der CSU Würzburg am 30. Mai wurde den Mitgliedern ein eingehender Bericht über die Vorgänge gegeben, die zur Suspendierung Dr. Dürrs geführt hatten. Trotzdem wurde Dr. Dürr von den Mitgliedern einstimmig zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt. In dieser Haltung der CSU erblickt die Militärregierung eine Billigung der Einstellung Dr. Dürrs in seiner Gefolgschaft und ein Ausdruck der Nichtübereinstimmung mit dem Programm der Militärregierung und der bayerischen Regierung sowie die Ausscheidung der Nazis aus dem öffentlichen Leben. Da eine solche Haltung einer politischen Partei nicht geduldet werden kann, hat die Militärregierung der CSU für den Stadt- und Landkreis Würzburg bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung jede politische Betätigung untersagt.

Ausgenommen davon sind die in den Stadt- und Landkreis gewählten Mitglieder der CSU mit Ausnahme von Dr. Dürr.

Thesen ist im Interesse der Weiterführung der Verwaltungsgeschäfte die Teilnahme an den Körperschaften mit allen Rechten und Pflichten gestattet.

Das freie Wort

Herr Albert Bollweber schreibt in Ergänzung der Feststellung in Nr. 25 BNN: „Ich habe mich weder schriftlich noch persönlich bei Herrn Kneemann um eine Einstellung beworben. Dies wäre für mich und auch sonstige Vergegenwärtigung des Herrn Kneemann nicht kannte. 2. nach meiner Rückkehr Ende Mai 1945 nach Karlsruhe schon so viele Männer, deren einwandfreie politische und auch sonstige Vergegenwärtigung mir bekannt war, anwesend waren, so daß ich mich an diese wenden konnte, um nach vertreten zu werden.“

„Jeder Mann, der nichts zu fürchten hat, kehrt dahin zurück, wo er früher war und stellt sich dort zur Mitarbeit zur Verfügung.“

Herr Karl Hespeler, Karlsruhe, ADGB, schreibt: Die Nazipropaganda hat ideologisch und organisatorisch bewußt von der Stunde des Machtantritts an in ihrem Sprachgebrauch und in ihren Organisationen Benennungen eingeführt, aus denen klar zu erkennen war, um was es ging. Zum Beispiel: Betriebsführer, Gefolgschaft, Gefolgsmann, Betriebsobmann, Vertrauensrat, Betriebsappell, Volksgemeinschaft usw. Es wäre nun an der Zeit, daß kritikschreibend, sowie Redner bei Vorträgen, sich beeifließen, gleich mit Nazirethorik anzusetzen. Der Schreiber könnte doch abensperg statt Gefolgschaft das Wort Belegschaft verwenden. Für den Betriebsführer kann auch das Wort Betriebsleiter gebraucht werden. Wir Betriebsführer kennen keinen Betriebsführer und keine Gefolgschaft, da wir keine Hamelherde sind. Deshalb verwenden wir in Zukunft die Worte: Betriebsbeleg, Belegschaft, Belegschaftliche, Werkstätige, Kollegen, Kolleginnen, Betriebsrat usw.

Stimme der Parteien

Verfassungsfragen sind Machtfragen

Demokratie, Recht und Verfassung sind für viele der fraglichsten höchsten Willens und des höchsten Ehrgeizes. Heute steht vor dem deutschen Volke die Frage der Schaffung einer neuen Verfassung, eines Grundgesetzes, das den Rahmen bildet für alle weiteren Gesetze, Verordnungen, Verordnungen und Verwaltungsmaßnahmen. Es liegt nahe, daß man dabei einen Blick in die Vergangenheit wirft und sich erinnert, daß Friedrich Wilhelm IV. trotz Verfassung oder Verfassung (also verbrieften Volksrechten) am 10. November 1848 durch die Truppen des Generals Wrangel die Volksvertretung sprengte und dem Volk ein Dreiklassenwahlrecht aufzwang. Oder die Tatsache, daß in der Weimarer Republik trotz der freiesten Verfassung der Welt die Demokratie zur Farce wurde, die Diktatur der Schwerverindustrie, der Trusts, Bankmagnaten und Großgrundbesitzer in ihrer raffiniertesten Form zum Ausdruck kam. Wo Severing „der Gewalt“ weichen mußte und Hitler „Jezel“ zur Macht kam.

Ein leeres Stück Papier ist jede Verfassung, wenn hinter ihr nicht eine reale Macht steht, d. h. die Hand der Volksgesamtheit, die die Verfassung des Zeitverhältnisses nicht mehr entspricht, den Mut aufbringt zur Neugestaltung.

In der BNN, Nr. 35 finden wir einen Artikel zur Landesverfassung, Ausführungen von Staatsrat Schmid, wonach die Verfassung so sein soll, daß sie nicht „das erste Opfer ihrer eigenen Prinzipien wird“. Um scheint mir, wie verbrieften Rechten Nachdruck verleiht, oder falls die Verfassung den Zeitverhältnissen nicht mehr entspricht, den Mut aufbringt zur Neugestaltung.

Die tatsächlichen Machtverhältnisse, die in einer jeden Gesellschaft bestehen, sind jene tätige wirkende Kraft, welche alle Gesetze und rechtlichen Einrichtungen dieser Gesellschaft so bestimmt, daß sie im Wesentlichen gar nicht anders sein können, als sie eben sind.

Jene tätigen wirkenden Kräfte sind die ökonomischen Verhältnisse eines Volkes. Wahre Demokratie kann nur dort sein, wo die Masse der Werktätigen auch Mitbestimmter der Produktionsmittel ist. Denn wirtschaftliche Macht ist schließlich politische Macht. Die Träger der gesellschaftlichen Lebenskraft, die Arbeiter und Bauern, müssen die Macht, die sie auch die Träger der Verantwortung und der Verwaltung sein müssen. Der Kampf um die Macht im Staat ist ein Teil des Kampfes um Dasein. Dieser entspringt nicht irgendwelchen Vorstellungen, sondern ist das Ergebnis einer Entschlossenheit, die tatsächlich bestehende wirtschaftliche Verhältnisse zu verändern will. Es wird deshalb nicht entscheidend sein, ob eine Partei versucht, das Bestehende zu erhalten, oder die Geschichte zurückzudrehen, vergangenen goldenen Zeiten nachzutrauern, den Klassenkampf aus der Welt zu wischen und dergleichen Träume mehr.

Die Arbeiterklasse fordert eine Verfassung die es ihr historische Mission zu schaffen, die Befreiung der kapitalistischen Gesellschaftsform und die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft sind ihre Ziele. Verläßt sich die Arbeiterklasse auf papierenen Rechte und Versprechungen, erkennt sie nicht die Notwendigkeit der Einheit des Handelns, des Einsatzes ihrer geballten Macht, dann wird die Reaktion diktieren, trotz Demokratie.

Berliner SPD fordert Verschlebung der Gewerkschaftswahlen

Berlin, 3. Juni (DANA). Die Verschlebung der Berliner Gewerkschaftswahlen bis zum 1. Juli wurde am 1. d. Mts. in einer Versammlung der sozialdemokratischen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre Berlin in Charlottenburg vorgeschlagen. In einer Debatte wurde festgestellt, daß durch den kurzfristigen Termin für die Durchführung der Wahlen den einzelnen Funktionären für ihre Vorbereitung in 950 Betrieben nur fünf Arbeitstage zur Verfügung wurde. In einer Entscheidung wurde die rechtzeitige Bekanntmachung der neuen Wahlordnungen sowie die Veröffentlichung von Rechenschafts- und Kassenberichten gefordert. Weiter wurde die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften aller Zonen beantragt, um damit möglichst bald die gewerkschaftliche Einheit in Deutschland zu verwirklichen. Die Entscheidung der Berliner SPD-Gewerkschaftsfunktionäre wendet sich weiterhin gegen jede einseitige politische Bindung der Gewerkschaften und fordert ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit allen politischen Parteien.

